



# ESVP – quo vadis?

## Für Österreich relevante Einsatzräume

---

Die vorliegende Analyse gliedert sich in zwei Teile: Im thesenhaft gehaltenen ersten Teil werden politisch-strategische Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer „Vision Bundesheer 2025“ angesprochen. Im zweiten Teil wird versucht, ein funktionales und geografisches Einsatzprofil aus Szenarien der ESVP-Entwicklung abzuleiten. Methodisch wird dabei von der Grundannahme ausgegangen, dass sich die für Österreich relevanten Einsatzräume primär aus der EU-Entwicklung ableiten lassen.

Der Text ist ein unveränderter Abdruck des Beitrages *Johann Frank: Für Österreich relevante Einsatzräume. In: Aspekte zur Vision BH 2025. Herausgegeben von der Landesverteidigungsakademie Wien (= Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Nr. 7/2007), S. 443–467.* Die Studie ist kein offizielles Positionspapier der Direktion für Sicherheitspolitik, sondern ein Expertenbeitrag in Autorenverantwortung.

Oberstleutnant des höheren militärfachlichen Dienstes Univ.-Lektor Mag. Dr. Johann Frank, geb. 1969, ist Leiter der Abteilung für Sicherheitspolitische Analysen im Büro für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung in Wien und Lektor für internationale Politik an der Karl Franzens Universität Graz.

## **Impressum**

### **Schriftenreihe Interne Information zur Sicherheitspolitik**

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:

Mag. Walter Matyas

Redaktion: Mag. Walter Matyas

Korrektorat und Gestaltung: Melitta Strouhal

Eigentümer, Verleger und Hersteller:

Büro für Sicherheitspolitik des  
Bundesministeriums für Landesverteidigung

Amtsgebäude Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Tel. (+43-1) 5200/27000, Fax (+43-1) 5200/17068

*Der Autor gibt in dieser Studie ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.*

Aktuelle Informationen zu Publikationen des Büros für Sicherheitspolitik und der Landesverteidigungsakademie finden Sie im Internet unter

**<<http://www.bundesheer.at/wissen-forschung/publikationen>>**

## Vorbemerkung

Strategisches Denken und Handeln heißt, Zukunft zu gestalten und Entscheidungen über antizipierte strategische Entwicklungen zu treffen. Je offener und dynamischer das internationale Ordnungssystem angelegt ist, desto größer werden die Gestaltungsherausforderungen für alle beteiligten Akteure. Mit dem Ende der bipolaren Konstellation hat Europa zwar seine strategische Handlungsfreiheit wieder gewonnen, gleichzeitig hat aber die Vorhersagbarkeit von sicherheitspolitischen Entwicklungen und damit einhergehend die „Planungs- und Investitionssicherheit“ drastisch abgenommen. Prägende Charakteristika der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Lage sind die strategische Unsicherheit und die schwierige Prognostizierbarkeit zukünftiger Entwicklungen.<sup>[1]</sup> Als Konsequenz der sich verändernden geostrategischen Rahmenbedingungen befinden sich sowohl die europäische als auch die österreichische Sicherheitspolitik in einem tief greifenden Veränderungsprozess mit weitgehend offenem Ausgang.

Das Denken in Szenarien<sup>[2]</sup> ist eine Möglichkeit mit dem Faktor der Ungewissheit<sup>[3]</sup> umzugehen, weil Szenarien alternative Zukunftsbilder komplexer sicherheitspolitischer Systeme transparent machen und eine Strukturierung komplizierter Wirkungszusammenhänge ermöglichen. Angemessen eingesetzt sind Szenarien ein nützliches Instrument zur Unterstützung strategischer Planungsprozesse und Entscheidungsfindung in unsicheren Handlungssituationen. Während bei stabilen geopolitischen Verhältnissen der Extrapolation vergangener Entwicklungen der Vorzug vor Szenarien zu geben ist, entfaltet die szenariobasierte Planung ihren größten Nutzen bei instabilen, zukunfts-offenen Rahmenbedingungen und komplexen exogenen Einflussfaktoren.

Die strategische Unsicherheit trifft auch auf die Entwicklung der ESVP zu. Keiner kann aus heutiger Sicht mit Gewissheit sagen, welches funktionale und geographische Profil die ESVP in 20 Jahren haben wird, wie sich das Verhältnis von europäischer zu nationaler Verteidigungsplanung darstellen wird, wie sich die Beziehungen zwischen EU und NATO entwickeln werden oder welchen Integrationsgrad die europäische Verteidigungsindustrie erreichen kann. Dennoch sind heute nationale Strategien festzulegen und Entscheidungen für die Zukunft zu treffen.

*Eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik sollte daher möglichst robuste Strategieansätze wählen, die nicht ideologisch auf ein Zukunftsbild setzen sondern für mehrere auch alternative Entwicklungsmöglichkeiten angemessen sind.*

---

<sup>1</sup> Vgl. Reiter, Erich: Perspektiven der globalen strategischen Entwicklung. Das Ende der Ordnung von Jalta, Hamburg, 2003, S. 36-39.

<sup>[2]</sup> Sicherheitspolitische Szenarien werden hier definiert als:

qualitativ beschriebene, alternative zukünftige strategische System- und Handlungskonstellationen, die den Rahmen für die eigenen sicherheitspolitischen Handlungsentscheidungen bilden und den Umgang mit Unsicherheiten in der politisch-strategischen Umfeldentwicklung erleichtern.

<sup>[3]</sup> Strategische Unsicherheit bedeutet, dass Analysten und Entscheidungsträger sich über die Modelle zur Beschreibung der sicherheitspolitischen Systemvariablen nicht einigen können, dass die Wahrscheinlichkeitsverteilung von Schlüsselvariablen ungesichert ist und dass die Bewertung alternativer Ziel- und Endzustände unterschiedlich ausfällt.

## 1. Teil

### Politisch-strategische Rahmenbedingungen und Thesen für die Entwicklung einer „Vision Bundesheer 2025“<sup>[4]</sup>

#### 1. Rahmenbedingungen im internationalen Sicherheitsumfeld

- Der Balkan ist zwar befriedet, wird jedoch durch fortbestehende ethnische Spannungen, schwache Staatsgewalt ohne gefestigte Legitimitätsgrundlage, unbestätigte Grenzen, ein großes Reservoir an Vertriebenen und Entrechteten, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Abhängigkeit von internationaler Unterstützung, Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit durch organisierte Kriminalität sowie hohe Gewaltbereitschaft auf lange Sicht eine Zone sicherheitspolitischer Risiken bleiben. Entscheidend für den Stabilisierungsverlauf wird die Konkretisierung der EU-Beitrittsperspektive sein.
- Im Nahen und Mittleren Osten, Kaukasus, Zentralasien, Südasien, Nordafrika und Afrika ist ein Wall von fundamentalen Ordnungs-, Verteilungs- und Ökologieproblemen herangewachsen mit einem hohen Potential für gewaltsame, die internationale Sicherheit bedrohende Krisen in einem Großraum, der durch Kolonisation, Migration und wirtschaftliche Verknüpfung seit über einem Jahrhundert untrennbar mit Europa verbunden ist. Auch in Südostasien und Lateinamerika bestehen in den kommenden zwei Jahrzehnten entsprechende Krisenpotentiale.
- Durch die steigende Abhängigkeit Europas von seiner tendenziell instabiler werdenden Peripherie wandeln sich die Krisenmanagement-Operationen der EU von einem Mittel der Wahl zunehmend zu einer strategischen Notwendigkeit.
- Die terroristische Herausforderung der gegenwärtigen Weltordnung durch das Machtstreben des extremistischen Islam schafft eine weltweite ideologische Konfrontation, die anders als im Ost-West-Konflikt nicht durch geographisch definierte Lager bestimmt und nur zum Teil zwischen organisierten Staaten geführt wird, sondern transnational die vernetzte Weltgesellschaft als Ganze betrifft und Europa sowohl zum Ort der Auseinandersetzung als auch zum Ziel von Zerstörungstaten macht.
- Die hohe technische und organisatorische Verwundbarkeit und Erpressbarkeit europäischer Gesellschaften und ihrer Infrastruktur durch aggressive ausländische Regierungen, terroristische Gruppierungen und organisierte Kriminalität erfordert ein integriertes Verständnis von Landesverteidigung, das innere und äußere Aspekte der Sicherheit als ein Gesamtsystem erfasst und verstärktes internationales Tätigwerden im Hinblick auf beide erfordert.
- Effektiver Multilateralismus im Sinne einer verlässlichen Friedensdurchsetzung durch den UN-Sicherheitsrat ist von der gleichzeitigen, gleichgerichteten, gemeinsamen Einsatzbereitschaft von USA, EU-Staaten, Russland und China abhängig und wird in vielen Fällen — wenn überhaupt — nur in mehr oder weniger wirkungsvoller Annäherung vor allem auch durch eigene europäische Leistungen darstellbar sein.

---

<sup>[4]</sup> Der erste Teil wurde gemeinsam von Klaus Becher, Johann Frank und Erich Hochleitner verfasst und ist Bestandteil des ESVP-Kooperationsprogrammes zwischen dem ÖIES und dem BMLV.

- Die USA wird die im Zweiten Weltkrieg übernommene und am Ende des Ost-West-Konflikts verstärkt freigesetzte weltweite Führungsrolle auf Dauer weder spielen können noch wollen, da innenpolitisch andere Prioritäten zur Geltung gebracht werden und die gegenwärtige einseitige militärische Lastentragung gegenüber der amerikanischen Bevölkerung immer schwerer vermittelbar wird.
- Die konkrete Entwicklung der EU-NATO Beziehungen ist schwer prognostizierbar. Drei zentrale Faktoren, von denen die möglichen Zukunftsszenarien abhängen, sind das Ausmaß der gemeinsamen Bedrohungsperzeption, der Grad der inneren Kohärenz der EU sowie die Stärke der US-Führungsrolle in der NATO.
- Die EU bildet im Zusammenwirken mit ihren internationalen Partnern das Rückgrat einer funktionierenden multilateralen Friedens- und Entwicklungsordnung. Ohne entschlossenes, glaubwürdiges und erfolgreiches Eintreten der EU für Völkerrecht, Menschenrechte, Sicherheit und Entwicklung ist die auf friedlicher Kooperation beruhende internationale Ordnung der UNO-Charta, auf der auch die weltwirtschaftliche Ordnung beruht, nicht in der erhofften Weise funktionsfähig und droht zu zerfallen.

## **2. Entwicklung der Verteidigungsdimension in der EU**

- Die bestimmenden Faktoren der ESVP-Entwicklung sind die strategische Umfeld- und Krisenentwicklung, die innere Kohäsion der EU, objektiv gegebene Sachzwänge sowie die Strategie- und Auslastungskrise der USA.
- Nationaler sicherheitspolitischer Autonomieverlust, weltpolitischer Einflussverlust Europas, budgetäre Restriktionen bei gleichzeitig immer kostspieligerer Technologieentwicklung bilden die „Argumentationsgrundlage“ aus denen eine weitere Forcierung des ESVP-Projekts bis hin zu einer Vergemeinschaftung essentieller Teile der Verteidigungspolitik ableitbar ist.
- Die Europäische Sicherheitsstrategie hat die genannten Rahmenbedingungen bereits 2003 benannt und die aus ihr folgenden Aufgaben sowie das Erfordernis einer zielgerichteten und verbundenen Nutzung der zivilen und militärischen Machtpotentiale der EU und ihrer Mitgliedstaaten herausgearbeitet.
- Seither sind bei den identifizierten Szenarien für Battlegroup-Einsätze neben die „Petersberg-Aufgaben“ die „ESS-Aufgaben“ getreten, also z.B. auch Maßnahmen gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, zur Stabilisierung von Staaten ohne funktionierende Regierungsgewalt oder zur Unterstützung des Kampfes gegen Terrorismus sowie gegen internationale organisierte Kriminalität. Auch wenn sich eine konkrete Bestimmung des militärischen Anteils und der Rolle der Streitkräfte bei der Bewältigung dieser Herausforderungen noch aussteht, so ist im Beurteilungszeitraum eine funktionale Ausweitung über die aktuell bestehenden Petersberg-Aufgaben hinaus erwartbar.
- Die ESVP umfasst demnach bereits heute grundsätzlich die gesamte Spannbreite von militärischen Maßnahmen zur Wahrung und Stärkung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, ist jedoch durch den tatsächlichen gegenwärtigen begrenzten Stand der Reichweite, Schlagkraft und Durchhaltefähigkeit europäischer Fähigkeiten limitiert.
- Die bereits in der ESVP identifizierten Szenarienkategorien werden bis 2025 eher noch größere Bedeutung und Dringlichkeit für Europa annehmen als heute und weniger von den limitierten nationalen Ambitionen sondern vielmehr von den objektiv gegebenen europäischen Sachzwängen geleitet sein.

- Mit dem schrittweisen Aus- und Umbau der europäischen Streitkräftefähigkeiten und insbesondere der zunehmenden Fähigkeit zu übergreifenden Operationen unter Einbeziehung aller Teilstreitkräfte sowie nichtmilitärischer Einsatzkräfte auch in entfernten Einsatzräumen, über längere Zeiträume und in substantieller Stärke wird die politisch bereits angelegte Verbreiterung der Aufgabenstellungen im Einklang mit den sich stellenden Aufgaben im internationalen Sicherheitsumfeld mehr und mehr umgesetzt werden können.
- Der geltende EU-Vertrag eröffnet ausdrücklich die Perspektive einer gemeinsamen europäischen Verteidigung, wenn die Mitgliedstaaten diese beschließen. Ausgeklammert von der ESVP bleibt jedoch bis auf weiteres — aus politischer Sorge vor einer vermeidbaren Schwächung der NATO — die Landesverteidigung selbst, einschließlich des multinationalen Beistands für andere Staaten im Aggressionsfall. Auf längere Sicht dürfte sich die Einsicht allgemein durchsetzen, dass für die EU aufgrund der äußerst engen Verflechtung der Sicherheitsinteressen ihrer Mitgliedstaaten eine bindende Beistandsklausel entsprechend Art. 5 des WEU-Vertrages sinnvoll ist.
- Es ist allerdings schon heute politisch selbstverständlich, dass die EU-Staaten einander Beistand leisten würden. Dies muss vor allem auch in den denkbaren Fällen gelten, wo es im Zusammenhang mit ESVP-Operationen zu direkten Drohungen von dritter Seite gegen das Territorium und die Bevölkerung einzelner EU-Staaten kommt. Gerade für die nicht der NATO angehörenden EU-Staaten kann die Zusammenarbeit im Rahmen der ESVP auch die Funktion haben, für diesen Eventualfall besser vorbereitet zu sein.
- Wie sich u.a. in der Durchsetzung des Battlegroup-Konzepts zeigte, sind sich die militärisch stärksten EU-Staaten einig darüber, dass die ESVP in zunehmendem Maß gemeinsam nutzbare, wirksame militärische Instrumente mit einem hohen Anforderungsprofil, weltweiter Reichweite und überlegender Kampfstärke bereitstellen soll, die auf die zu erwartenden sicherheitspolitischen Herausforderungen zugeschnitten sind.
- Die Langfristvision der Europäischen Rüstungsagentur vom Oktober 2006 stellt fest: „ESVP-Krisenmanagementoperationen werden typischerweise multinationale Expeditionen unter Nutzung einer Vielzahl von Instrumenten sein. Die EU hat die Notwendigkeit erkannt, als globaler Sicherheitsakteur aufzutreten. Dafür strebt sie die Fähigkeit zur Streitkräfteprojektion über strategische Distanzen und in unwirtliche Operationsräume an.“ (Ziffer 34)
- Für die ESVP ergibt sich insbesondere aus der Sicht der großen EU-Staaten und der übrigen militärisch nachhaltig aktiven EU-Staaten wie Niederlande und Schweden eine hohe Entwicklungsdynamik als Resultat des Zusammenwirkens mehrerer Faktoren:
  - Bewahrung wirksamer Handlungsfähigkeit trotz begrenzter nationaler Ressourcen;
  - autonome Wahrung europäischer Sicherheitsinteressen in Fällen mangelnden amerikanischen Engagements;
  - zunehmender Bedarf an Projektion ziviler und militärischer Stärke im Rahmen multilateraler Sicherheitspolitik zur Förderung und Absicherung positiven Wandels;
  - vorausschauendes Abwenden von möglichen Gefahren für Europa durch frühzeitige, wirksame internationale Präsenz in entfernten Krisenregionen;
  - Fähigkeit zur effektiven Hilfeleistung in humanitären Katastrophen.
- Diese Staaten schätzen zwar die breite Unterstützung der ESVP durch alle EU-Mitglieder, werden sich jedoch durch andere EU-Staaten nicht von vertiefter militärischer Zusammenarbeit abhalten lassen, wo diese sinnvoll und notwendig ist.

Die Frage, wie dies vertragsrechtlich aufzuhängen ist, ist dabei sekundär. Die Entwicklung wird unter gegebenen Sachzwängen eher noch weiter beschleunigt und schneller als erwartet ablaufen.

- Das EU-Battlegroup Konzept ist der Katalysator für eine Intensivierung der europäischen Streitkräfteintegration. Dieses Projekt wird sich qualitativ (Luft, Marine, Spezialeinsatzkräfte) und quantitativ (Verschmelzung mehrerer BG) verbreitern, wobei die Einbettung in den breiteren zivil-militärischen Kontext europäisches Alleinstellungsmerkmal bleibt.
- Die Einschätzung Botschafter Woschnaggs, dass es in den nächsten 20 Jahren zur Herausbildung einer Europa-Armee kommen wird, kann etwas differenziert als langfristige Planungshypothese angenommen werden.
- Insgesamt wird sich die europäische Streitkräfteintegration als ein Mix aus
  - gemeinsamer Entwicklung/Beschaffung von militärischem Gerät,
  - Zusammenlegung von existierendem militärischen Material,
  - Zusammenlegung von Streitkräfteelementen,
  - Rollen- und Aufgabenspezialisierung,
  - Rollen- und Aufgabenteilung sowie
  - „Integrativem Bündeln“ von Einheiten und Material darstellen.
- Wenn auch eine europäische Armee, die alle Aufgaben des internationalen Krisenmanagements und der innereuropäischen Verteidigung abdeckt, unwahrscheinlich ist, so wird es doch in unterschiedlichen Teilbereichen zu einer Supranationalisierung kommen.
- Sicherheitspolitische Integration im europäischen Kontext führt zu einer Wiedergewinnung von Entscheidungsmöglichkeiten und zu einer geänderten Form gemeinsamer Souveränitätsausübung.
- Die Weltraumdimension, die strategischen Kommunikations-, Aufklärungs- und Transportsysteme sowie unter Umständen die Raketenabwehr werden die ersten Bereiche sein, in denen sich die Vergemeinschaftung der Verteidigungspolitik manifestieren wird. Im Bereich der Streitkräfteintegration ist aus heutiger Sicht eher ein Modell verstärkter multinationaler Kooperation nach Vorbild der EU-BG, des Eurokorps oder EUROMAFOR (European Maritime Force) wahrscheinlich.
- Bei der Luftraumüberwachung bzw. -verteidigung ist eine enge Kooperationen oder eine gemeinsame multinational und regional organisierte Aufgabenerfüllung erwartbar.
- Das Projekt der Europäischen Gendarmerie wird im Beurteilungszeitraum weiter ausgebaut werden und jene Spektrum abdecken, in denen das Militär nicht mehr notwendig ist aber das Stabilitätsniveau für eine reine Polizeimission noch nicht erreicht ist.
- Im Bereich der inneren Sicherheit der EU erscheint auf Grund des Subsidiaritätsprinzips eine fortgesetzte nationale Zuständigkeit unter Verdichtung der konzeptiver Abstimmung auf EU-Ebene (wie z.B. schon im laufenden Prozess zum Schutz europäischer kritischer Infrastruktur) wahrscheinlicher.
- Die Bewältigung von Natur- und technischen Katastrophen wird wegen des grenzüberschreitenden Charakters zunehmend regional abgestimmt werden Für Österreich ist dabei insbesondere die Kooperation mit den Nachbarstaaten von Bedeutung. Die Bereithaltung von zivil-militärischen Verstärkungselementen und Spezialkräften auf europäischer Ebene erscheint mittelfristig insbesondere bei einem weiteren Ansteigen der Risikolage denkbar.
- EU-Staaten, die sich durch Teilhabe an der vertieften militärischen Zusammenarbeit politische Mitwirkung und eigene Interessenwahrung sichern möchten, müssen entsprechendes eigenes militärisches Gewicht einbringen können. Dies wird in der

Regel eine Form der Spezialisierung eigener Streitkräftefähigkeiten erfordern, um attraktive Nischen zu besetzen oder notwendige Kernfähigkeiten zu stärken. Wirksam werden solche Angebote der Arbeitsteilung jedoch nur, wenn sie auch politisch glaubwürdig und verlässlich sind.

- Während eine realistische Einschätzung zu der Schlussfolgerung kommen muss, dass größere EU-Staaten, solange sie sich angesichts der limitierten militärischen Fähigkeiten der anderen Staaten durch weitergehende Integrationsschritte keine Erweiterung des eigenen sicherheits- und verteidigungspolitischen Handlungspotentials versprechen, über das Poolen von Streitkräftefähigkeiten kaum hinausgehen dürften, sollten gerade kleinere Staaten innovativere Integrationsmöglichkeiten überlegen.
- Im Jahr 2025 ist damit zu rechnen, dass die Luft- und Seestreitkräfte sowie die international einsatzfähigen Teile der Landstreitkräfte der EU-Staaten nicht nur in Einsatz und Betrieb, sondern auch in Ausrüstung und Ausbildung eng verschränkt sein werden, und dass sich durch Vernetzung leistungsfähiger nationaler Komponenten sowie Herausbildung gemeinsamer Strukturen und Doktrinen ein kohärentes, europäisches Streitkräftedispositiv mit den geeigneten integrierten Führungs- und Unterstützungsstrukturen und einem gemeinsamen europäischen Selbstverständnis herausgebildet hat.
- 2025 werden europäische Streitkräfte bei der Bewältigung weltweiter Sicherheitsherausforderungen eine führende Rolle einnehmen, die in der Mehrzahl von Einsatzfällen das stärkste verfügbare Kontingent darstellt. Erfolg und Misserfolg internationaler Sicherheitspolitik und damit die Qualität der internationalen Ordnung werden wesentlich von der EU abhängen.
- Es ist keineswegs klar, ob alle EU-Staaten an der ESVP des Jahres 2025 gleichberechtigt teilnehmen werden. Vielmehr ist es wahrscheinlich, dass ihre politische Einbindung in proportionalem Verhältnis zur militärischen Leistungsfähigkeit sowie Kosten- und Risikobereitschaft stehen wird.

### **3. Stärkung der zivil-militärischen Dimension**

- Erfolg und Wirksamkeit militärischer Operationen sind zunehmend abhängig von einer Einbettung in einen gesamtheitlichen alle Instrumente umfassenden Sicherheitsansatzes. Ein solcher Sicherheitsverbund ist sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene erforderlich, um die angestrebte strategische Wirkung im Einsatzraum zu erzielen.
- Der Erfolg der angelaufenen europäischen Streitkräftetransformation ist daher von einer erfolgreichen Vernetzung aller Sicherheitsakteure auf allen Ebenen abhängig. Grundvoraussetzung sind gemeinsam Konzept, ein gemeinsames Lagebild sowie interoperable Wirkmittel und gemeinsam ausgebildete Kräfte.
- Der Anspruch, das gesamte Spektrum an „Werkzeugen“ der Politik kohärent und gebündelt zu nutzen und dabei die Rolle militärischer Einsatz- und Gewaltmittel nicht losgelöst von der zivilen Aufgabenerfüllung sondern als ihren integralen Bestandteil zu betrachten, ist und bleibt das Markenzeichen der EU in der multilateralen Sicherheitspolitik. Die EU wird daran gemessen werden, wie gut sie diesem Anspruch gerecht wird.
- Diesen Anspruch der zivil-militärischen Kohäsion in der Praxis einzulösen stellt jedoch eine erhebliche organisatorische und politische Herausforderung dar, die auch auf nationaler Ebene bisher nirgends angemessen gelöst worden ist. Im Regelfall besteht immer noch eher ein Nebeneinander, wenn nicht manchmal sogar



unwillentlich ein Gegeneinander zwischen zivilen und militärischen Akteuren, auch zwischen EU-Kommission und ESVP.

- Für ein wirkungsorientiertes Zusammenführen aller zivilen und militärischen Wirk- und Einsatzmittel zur Herbeiführung strategischer Stabilisierungseffekte sind einerseits umfassende, etablierte politische Konzepte, Finanzierungs-, Entscheidungs- und Führungsstrukturen und andererseits eine wesentlich entschlossenerere Nutzung moderner, vernetzter Informations- und Kommunikationstechnik unter Überwindung der Schwächen vertikaler Verwaltungsstrukturen erforderlich. Länder, die an der zivil-militärischen Natur der ESVP besonders interessiert sind, sollten hier eine treibende Rolle übernehmen.
- Das zukünftige Fähigkeitsprofil im Anhang zur Langfristvision der Europäischen Rüstungsagentur vom Oktober 2006 betont die Notwendigkeit von Vernetzungsfähigkeit, Echtzeit-Lagebild und umfassendem Informationsfluss als Grundlage der Operationsführung. Aus Sicht der NATO-Staaten gilt das Militär als Vorbild und Vorreiter für strukturierte multinationale Integration und vernetzte Operationsführung. Zivile Einsatzkräfte können aus diesen militärischen Erfahrungen lernen. Österreich hat jedoch an diesem speziellen Erfahrungsgrundstock bei der organisatorischen Handhabung multinationaler Einsätze bisher wenig Anteil. Ein Eintreten für die Kohärenz der zivilen und militärischen Dimension der ESVP setzt ein gezieltes Aufholen in Konzeption und Praxis der vernetzten Operationsführung voraus.
- Zukünftige ESVP-Einsätze werden mit hoher Wahrscheinlichkeit immer wieder prekär an der Kippe zwischen zivilem Krisenmanagement und Wiederaufbau einerseits und Kampfeinsatz andererseits stehen, wobei die Eskalationsentscheidung jeweils nicht in europäischer Hand liegt, sondern von interessierten lokalen Kräften oder auch von dritter Seite durch Anschläge, Massaker und Gewalthandlungen getroffen wird.
- Auch als zivil intendierte Einsätze werden daher gegebenenfalls so geplant und durchgeführt werden müssen, dass in robuster Weise dieser potentiellen militärischen Dimension Rechnung getragen wird. Eine saubere Trennung ist nicht möglich, und Abzug unter Druck wird nicht immer sachdienlich und ratsam sein.
- Es ist vielmehr zu erwarten, dass sich die ESVP mittel- und langfristig Counterinsurgency-Szenarien nicht entziehen kann, in denen sie eigentlich zivile Stabilisierungsarbeit leisten will, aber dabei über längere Zeiträume zu militärischer Absicherung und Selbstverteidigung teils hoher Intensität gezwungen wird. Solche Einsätze stellen in einem asymmetrischen Bedrohungsumfeld weltweit sogar eher die Regel als die Ausnahme dar. Es ist daher ratsam, in Ausrüstung und Ausbildung entsprechende Vorkehrungen zu treffen und die politische Öffentlichkeit vorzubereiten.
- Grundsätzlich hat die ESVP ein großes Potential, durch Bereitstellen europäischer Fähigkeiten die UNO in die Lage zu versetzen, ihre multinationale Sicherheitsverantwortung unter Zusammenspannen ziviler und militärischer Maßnahmen besser einzulösen. Auch hierfür wird es jedoch zunächst nötig sein, eine funktionierende Praxis wirkungsorientierter Bündelung ziviler und militärischer Mittel zu etablieren und auch in der UNO durchzusetzen.
- Europäische zivile Einsatzkräfte (z.B. Polizei) werden im Zeichen des integrierten Sicherheitsbegriffes und der Vernetzung innerer und äußerer Sicherheit zukünftig vermehrt auf militärische Informations-, Transport-, Unterstützungs- und gelegentlich auch Wirkmittel sowie Truppen zurückgreifen, z. B. bei der Beobachtung von Landgrenzen und Katastrophengebieten aus der Luft, der Sicherung des Luftraums und der Seegrenzen, der Beobachtung und Arretierung krimineller und terroristischer

Gruppierungen mit hohem Gefahrenpotential, sowie beim drohenden Zusammenbruch öffentlicher Ordnung nach Katastrophen oder inneren Unruhen.

- Dies könnte zukünftig auch im Rahmen der innergemeinschaftlichen Solidarität, wie sie im Verfassungsentwurf vereinbart wurde, innerhalb der EU erfolgen. Während hierin derzeit keine ESVP-Aufgabe liegt, kann mit einiger Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass im Bedarfsfall auf gewachsene ESVP-Strukturen zurückgegriffen werden müsste, da separate europäische Einsatzstrukturen für innergemeinschaftliche Solidaritätseinsätze kaum zur Verfügung stehen werden.
- Es ist in diesem Zusammenhang wichtig festzuhalten, dass sich die Mitgliedstaaten in der Erklärung des Europäischen Rates zur Solidarität gegen Terrorismus am 26. März 2005 nach den Bombenangriffen in Madrid unabhängig vom Inkrafttreten des Verfassungsvertrages politisch verpflichtet haben, einander im Fall einer Terrorattacke mit allen verfügbaren Mitteln, einschließlich militärischen Kräften, im Sinne der Solidaritätsklausel (Art. 42 des Verfassungsvertrages) Beistand zu leisten. Diese wird im Beurteilungszeitraum auf operativer Ebene implementiert sein.

#### **4. Implikationen für die langfristige Ausrichtung des Bundesheeres**

- Auf sämtlichen Intensitätsebenen, einschließlich primär zivil orientierter Operationen, wird die Erwartung wirkungsorientierter, mit hoher Flexibilität und Agilität vorgetragener multinationaler Einsätze mit verbundenen Waffengattungen und nichtmilitärischen Komponenten herrschen, gestützt auf digitale Informationsvernetzung und ein gemeinsames Lagebild. Hierauf gilt es sich durch geeignete leistungsfähige Systeme und das nötige Maß an zusätzlicher Professionalisierung vorzubereiten.
- Besondere Relevanz werden jene Systeme haben, die bei gleichzeitiger Nutzbarkeit im OODA-Loop (im Verbund Aufklärung-Führung-Information) über ausgeprägte zivil-militärische Dual-use-Fähigkeiten verfügen - unter besonderer Berücksichtigung der österreichischen industriellen Basis entwickelbar sind - und als „high value asset“ in die europäische Streitkräfteentwicklung eingebracht werden.
- Die für Österreich relevanten potentiellen Einsatzräume im Rahmen europäischer Operationen lassen sich geographisch nicht begrenzen. Der Balkan wird jedoch voraussichtlich auch 2025 noch besonders wichtig bleiben. Daneben steht zu erwarten, dass der afrikanische Kontinent und der nah- und mittelöstliche Raum wesentliche Rollen im zukünftigen Einsatzprofil der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik spielen werden.
- Neben der Fähigkeit zur informationstechnisch vernetzten Operationsführung werden daher kurzfristige Verlegefähigkeit und Versorgung über weite Distanzen eine zentrale Rolle im Anforderungsprofil spielen.
- Nicht alle EU-Mitgliedstaaten werden 2025 über Einsatzkräfte verfügen, die eine verantwortliche Teilhabe an EU-Einsätzen ermöglichen. Beiträge zu den zivilen Komponenten von EU-Einsätzen können von der Erwartung, auch wertvolle militärische Beiträge zu leisten, nicht freistellen. Mangelnde Mitwirkung an ESVP-Einsätzen könnte durchaus auch die Zugehörigkeit zur Kerngruppe der europäischen politischen Integration gefährden.
- Es ist daher wichtig, den Willen und die nachhaltige Fähigkeit zur Beteiligung an den anspruchsvollen Kernaufgaben der zukünftigen ESVP klar zu demonstrieren, von der Battlegroup bis hin zu zusätzlichen eigenen besonderen Fähigkeitsangeboten, von der verstärkten Beschaffung moderner Ausrüstung bis hin zur Investition in die Entwicklung neuer Sicherheits- und Rüstungstechnik.

- Das bestehende Spannungsverhältnis zwischen kräfteintensiven Langzeitmission im Stabilisierungsbereich und kurzfristigen hochintensiven friedensschaffenden Operationen ist letztlich nur im gesamteuropäischen Kontext ausgleichbar.

## 2. Teil

### Ableitung des funktionalen und geographischen Einsatzprofils aus EU/ESVP-Entwicklungsszenarien<sup>[5]</sup>

Eine Möglichkeit das funktionale und geographische Einsatzprofil Österreichs in einer Langzeitperspektive abzuleiten, ist von der Entwicklung des für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik maßgeblichen institutionellen Handlungsrahmens Europäische Union auszugehen.

#### 1. EU-Szenarien 2025

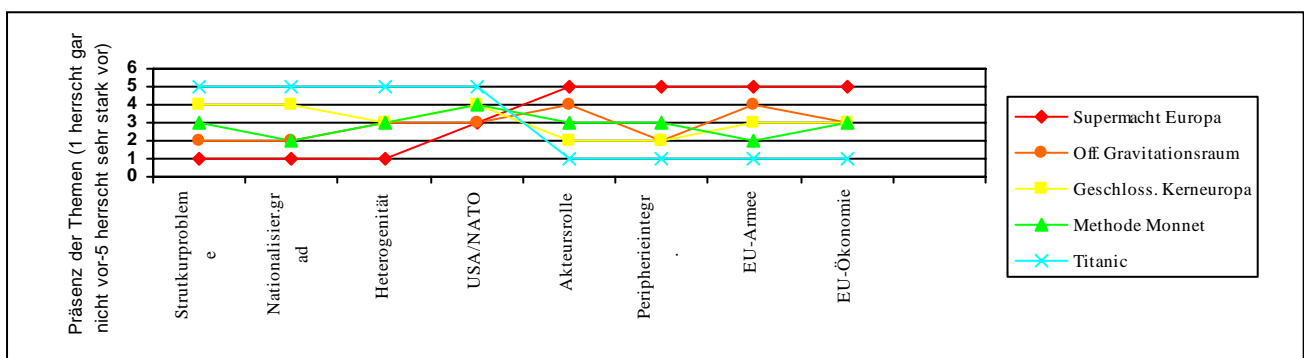


Abbildung 1: EU-Entwicklungsszenarien

Je nach Ausprägung der entwicklungsbestimmenden Faktoren (siehe Abbildung 1) können fünf verschiedene EU-Szenarien unterschieden werden und aus diesen vier ESVP-Modelle mit unterschiedlichen Optionen für die europäische Streitkräfteintegration<sup>[6]</sup> abgeleitet werden.

#### Titanic<sup>[7]</sup>

Dieses Szenario stellt den worst-case der EU-Integrationsentwicklung dar. Gründe für eine weitgehende Renationalisierung sind die überhastete EU-Erweiterung in Verbindung mit unzureichenden institutionellen Reformen (Strukturprobleme), divergierende Interessen der EU-Mitgliedstaaten (Heterogenität), eine schwache Wirtschaftsleistung, die weltpolitische Akteursrolle der EU kann sich nicht manifestieren (Akteursrolle), Koalitionen außerhalb des EU-Rahmens nehmen zu, die Unterstützung für die östliche und südliche Peripherie (Europäischer Nachbarschaftsraum) versiegt und stoppt so den Transformationsprozess in der europäischen Nachbarschaft, der Einfluss der USA/NATO auf die Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik im eurostrategischen Raum ist hoch (NATO/USA).

<sup>[5]</sup> Der Autor dankt Bernhard Richter (Referent in der Abteilung für sicherheitspolitische Analysen/Büro für Sicherheitspolitik) und Andreas Koch (Praktikant im Büro für Sicherheitspolitik) für ihre Unterstützung.

<sup>[6]</sup> Die grundsätzlichen Streitkräfteintegrationsmodelle sind im Teil 1 genannt. Eine detaillierte Ableitung derselben bezogen auf die ESVP-Szenarien würde aber den Rahmen des vorliegenden Papiers sprengen.

<sup>[7]</sup> Die Szenarien zur Entwicklung der Europäischen Union wurden entnommen: Algieri, Franco/Emmanouilidis, Janis A./Maruhn, Roman: Europa differenziert denken – Fünf Szenarien zur Zukunft der Europäischen Union, in: Reiter, Erich (Hg.) Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2003, Verlag E.S. Mittler & Sohn GmbH, Berlin, Bonn 2003, S. 198 - 211

### **Methode Monnet – Fortsetzung des Status Quo**

In diesem Szenario setzt sich die Integrationsentwicklung der EU nach dem Muster der vergangenen Jahrzehnte fort. In diesem Szenario wird die EU ein regional und funktional beschränkter Akteur sein, dessen Außenhandeln insbesondere auf den europäischen Raum und seine unmittelbare Nachbarschaft beschränkt bleibt.

Die (großen) Nationalstaaten und ihre Interessen sind der bestimmende Faktor. Bestehende vergemeinschaftete Politikfelder der EU werden nicht renationalisiert, die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird aber nicht vergemeinschaftet. Die USA behalten ihren Führungsanspruch.

### **Geschlossenes Kerneuropa**

In diesem Szenario bestehen unter den Mitgliedstaaten keine gemeinsamen Vorstellungen und kein Konsens bezüglich einer weiteren Entwicklung der EU. Daher bildet sich eine integrationswilligere Staatengruppe, die ihre Zusammenarbeit in allen Politikfeldern intensiviert. Diese Zusammenarbeit wird jedoch außerhalb des vertraglichen Rahmens der EU organisiert. Dabei kann jedoch nicht das gesamte strategische Potential der europäischen Staaten aktiviert und genutzt werden, was auch die Außenwirksamkeit und Leistungsfähigkeit dieses Kerneuropas begrenzt.

### **Offener Gravitationsraum**

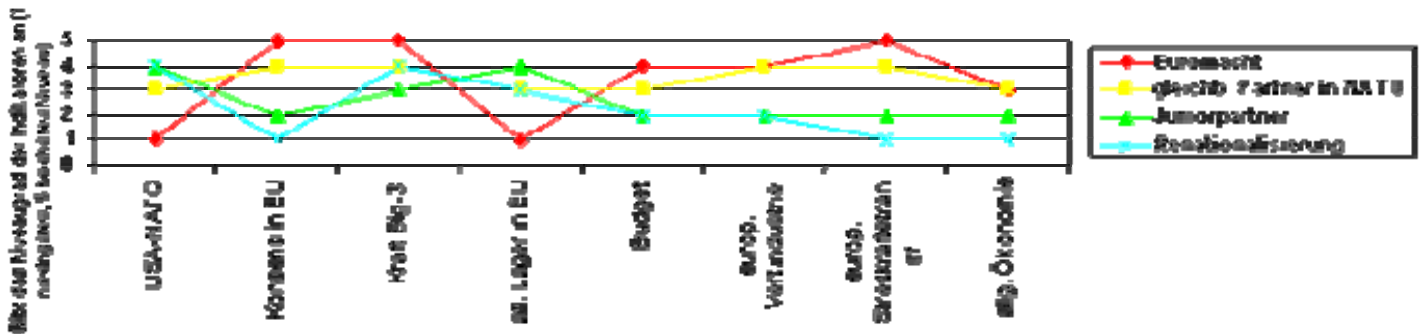
In diesem Szenario verfolgt eine Avantgarde-Gruppe von EU-Staaten im Sinne der Gemeinschaftsmethode das Ziel einer kontinuierlichen Integrationsvertiefung und organisiert diese innerhalb des rechtlichen Rahmens der EU. Der „Offene Gravitationsraum“, dem kleine, große, neue und alte EU-Mitglieder angehören, ist ein Mix aus intergouvernementalen und vergemeinschafteten Politikbereichen. Das Besondere an diesem „offenen Gravitationsraum“ ist die Tatsache, dass sich auf der Grundlage vorab definierter Kriterien alle Unionsmitglieder einer verstärkten Zusammenarbeit anschließen können, sofern sie diese erfüllen.

### **Supermacht Europa**

Die EU entwickelt sich zu einem kohärenten politischen Akteur. Alle wesentlichen Politikbereiche werden suprational organisiert. Das gesamte Potential der Europäer kann für eine international gestaltende Rolle realisiert werden. Der globale Akteursanspruch wird durch Bündelung aller erforderlichen Ressourcen untermauert. Die USA verlieren ihre Hegemoniefunktion in Europa.

Da die Entwicklung der GASP/ESVP eine Funktion des allgemeinen politischen Integrationsfortschrittes der EU darstellt, können aus diesen vier EU-Szenarien vier unterschiedliche ESVP-Modell abgeleitet werden.

## 2. ESVP-Szenarien



Grafik 2: ESVP-Szenarien

Als entwicklungsbestimmende Faktoren<sup>[8]</sup>, welche die ESVP-Entwicklung nachhaltig beeinflussen, werden folgende Kriterien angenommen:

- Die Beziehung zur USA/NATO
- Die wirtschaftliche Entwicklung
- Die politische Kohärenz innerhalb der EU
- Die Stärke des atlantischen Lagers in der EU
- Die Führungskraft der Großen-3 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien)
- Die Entwicklung der Verteidigungsbudgets
- Das Integrationsniveau der europäischen Verteidigungsindustrie
- Der Verlauf der europäischen Streitkräftestransformation.

Je nach Ausprägung dieser Faktoren können vier idealtypische ESVP-Modelle abgeleitet werden.

### Euromacht

In diesem Szenario ist die ESVP der primäre Handlungsrahmen sowohl für das Management der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsfragen als auch für die europäische Mitgestaltung der globalstrategischen Entwicklungen. Die ESVP ist in der Lage in ihrer Interessenszone, das gesamte Spektrum militärischer Aufgaben von europäischer Territorialverteidigung bis hin zu strategischen Erzwingungsoperationen („expeditionary warfare“) autonom, d.h. unabhängig von einer Unterstützung seitens der USA wahrzunehmen. Der politische Integrationsfortschritt der EU erlaubt es, auf evolutionärem Weg eine „Euro-Armee“ aufzubauen.

### Gleichberechtigter Partner innerhalb der NATO

In diesem Szenario teilen sich die ESVP und die NATO die Verantwortung für die Gestaltung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsfragen. Die ESVP verfügt über ausreichende Kapazitäten für Krisenmanagement-Aufgaben mit einem besonderen Schwergewicht auf zivil-militärischen Operationen bei limitierter Fähigkeit für anspruchsvolle militärische Interventionen mit bis zu divisionsstarken Kräften.

Globalstrategisch kann Europa aber nur gemeinsam mit den USA wirksam werden und der dazu erforderliche institutionelle Handlungsrahmen ist eine erneuerte NATO.

<sup>[8]</sup> Eine ausführliche und begründete Herleitung dieser Faktoren findet sich in: Frank, Johann: ESVP-Entwicklungsszenarien – Implikationen für die österreichische Sicherheitspolitik. Wien, 2007 (Publikation in Vorbereitung).

### **Militärischer Juniorpartner mit ausgeprägtem zivil-militärischen Soft-Power-Profil**

In diesem Szenario bleibt die NATO der primäre institutionelle Rahmen für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die ESVP verfügt über Kapazitäten für zivil-militärische Krisenmanagement-Aufgaben. Es mangelt aber am politischen Willen und militärischen Kapazitäten zur Durchführung autonomer anspruchsvoller Interventionen. Die NATO ist in diesem Modell insbesondere der Rahmen für US-geführte Koalitionen von Willigen.

In diesem Szenario gewinnt die zivile bzw. die zivil-militärische Dimension der ESVP soweit an Bedeutung, dass die Sicherheitspolitik im EU-Kontext ihren militärischen Charakter weitgehend verliert. Der bereits heute ersichtliche breite Konsens, dass der spezifische Mehrwert der EU als internationaler Krisenakteur insbesondere in seinem umfassenden Ansatz liegt, führt in Verbindung mit den offensichtlichen Schwierigkeiten die neuen Sicherheitsherausforderungen primär mit militärischen Mitteln bewältigen zu können, zu einer Dominanz der sanften Kriseninterventionsmittel. Politisch wird diese Entwicklung durch den Umstand genährt, dass eine an zivil-militärischen Konzepten ausgerichtete ESVP weniger Reibungsfläche mit den USA und der NATO birgt. Vor dem Hintergrund dieses ESVP-Szenarios lässt sich eine funktionelle Arbeitsteilung zwischen der EU und der NATO relativ einfach organisieren, indem die NATO bzw. eine US-geführte Staatenkoalition die primären militärischen Interventionsaufgaben übernehmen und die EU sich auf Stabilisierungseinsätze konzentriert. Die Mitgestaltungsmöglichkeiten im internationalen Krisenmanagement sind im Falle einer Konzentration auf Post-Konfliktbedingungen gegenüber den im gesamten Spektrum handelnden Akteuren deutlich eingeschränkt.<sup>[9]</sup>

### **Renationalisierung**

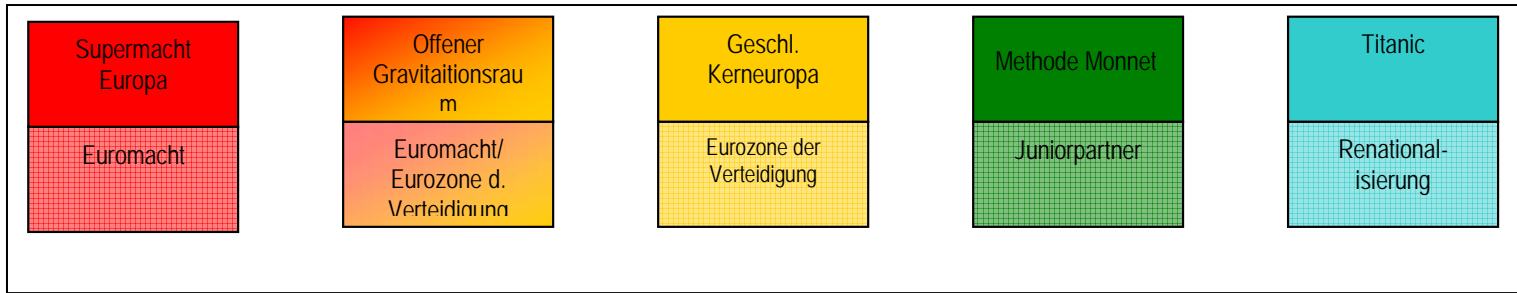
In diesem Modell verlieren der politische Integrationsprozess und damit einhergehend auch die ESVP an Dynamik. Es bleibt bei weitgehender rhetorischer und politisch-symbolischer Unterstützung. Den Lippenbekenntnissen fehlt jedoch Glaubwürdigkeit, Substanz und politischer Wille zur Umsetzung. Das ESVP-Profil bleibt de-facto auf einfache friedenssichernde Aufgaben in Europa und an der europäischen Peripherie beschränkt.

### **Kombination von EU-Modell und ESVP-Szenarien**

Die Kombination der bisherigen Analyse ergibt, dass die beiden Szenarien Euromacht und Supermacht Europa miteinander korrespondieren könnten. Dies trifft auch auf das Szenario Juniorpartner im Zusammenhang mit dem Modell der Methode Monnet zu. Bezüglich der Titanic-Vorstellung wird es wahrscheinlich zu einer noch extremeren Form der Renationalisierung kommen.

---

<sup>[9]</sup> In der Praxis ist ein solcher Zugang am Balkan erkennbar, wo auch die NATO die militärisch-machtpolitischen Voraussetzungen schaffte und der langfristige Stabilisierungs- und Wiederaufbaueinsatz zuerst von den Vereinten Nationen und dann von der EU übernommen wurde. Ein Soft-Power-Ansatz entspricht zudem den eher passiven und wenig strategisch-erzwingenden „verteidigungspolitischen Kulturen“ vieler EU-Mitgliedstaaten. Der gravierende politische Nachteil eines solchen Szenarios liegt offenkundig darin, dass die EU als bloß zivil-militärische agierende Institution ihrem Eigenanspruch eines globalen Akteurs nicht gerecht würde. Zu einem globalen Akteur gehört definitionsgemäß eine eigenständige Handlungsfähigkeit im gesamten Strategie-Spektrum, was militärisch-machtpolitisches Erzwingungshandeln mit einschließt.



### 3. Interessensprofil

Von zentraler Bedeutung für die weitere Integration der EU im sicherheitspolitischen Bereich ist die Definition und Identifizierung von europäischen Interessen. Unter dem Begriff „europäische Interessen“ soll nicht die Summe der Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten verstanden werden. Vielmehr kommt es darauf an, gesamteuropäische Interessen zu identifizieren, die über den nationalstaatlichen Interessen angesiedelt sind.

Zwischen den nationalen Sicherheitsinteressen der Mitgliedstaaten und den Gesamtinteressen auf Ebenen der EU besteht eine wechselseitige Abhängigkeit. Diese drückt sich dadurch aus, dass die Mitgliedstaaten auf der einen Seite ihre sicherheitspolitischen Interessen nicht im Alleingang realisieren können und daher auf einem gemeinsamen Vorgehen mit den europäischen Partnern angewiesen sind, und dass auf der anderen Seite die EU bei der Entwicklung und Durchsetzung ihrer Interessen auf die Beiträge der Mitgliedstaaten angewiesen ist.<sup>[10]</sup>

Eine aktuelle (noch nicht publizierte) Studie<sup>[11]</sup> der „Venusberg Gruppe“ hat mögliche Interessen der EU identifiziert und kategorisiert.

#### Vitale Interessen – vital interests

Vitale Interessen werden mit allen notwendigen Mitteln bis hin zu militärischen (inkl. nuklearen Abschreckung) verfolgt, da sie für das ökonomische, soziale und politische Überleben und Funktionsfähigkeit der EU von entscheidender Bedeutung sind. Solche „vital interests“ sind:

- die Sicherstellung einer führenden Rolle der EU in Fragen der globalen Sicherheit
  - das Durchsetzen der eigenen Präferenzen gegenüber neuen aufstrebenden geopolitischen Akteuren (z.B. Indien, China)
  - die Sicherstellung von Energiesicherheit und der gesicherte Zugang zu strategischen Ressourcen
  - der Kampf gegen Verbrechen und Terrorismus. Dies umfasst sowohl die Stabilisierung von Regionen, die für die EU von Bedeutung sind (z.B. Mittlerer Osten) als auch die Bekämpfung dieser Gefahren innerhalb des EU-Raumes.
  - die Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und die Unterbindung nuklearer Ambitionen von Drittstaaten
  - die Verhinderung von und Vorbereitung auf Pandemien

#### Bedeutende Interessen - Essential Interests

<sup>[10]</sup> vgl. Reiter Erich: Die Sicherheitsstrategie der EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 3 – 4/2004, in: Internet: <http://www.bpb.de/files/21P8X7.pdf>, download am 14.10.06, S. 29

<sup>[11]</sup> vgl. Bertelsmann-Gruppe-The Venusberg Group: Beyond 2010 European Grand Strategy in a Global Age, 2007.



Diese sind von allgemein hoher Bedeutung, jedoch für die Überlebensfähigkeit der EU nicht direkt und unmittelbar entscheidend. Indirekt und mittelbar können sie aber insbesondere über Sekundär- und Kaskadeneffekte die Handlungsfähigkeit der Union nachhaltig schädigen. Die Verfolgung dieser Ziele wird eher auf diplomatischem Wege, oder durch wirtschaftlichen Druck erfolgen, das Militär kommt primär als Unterstützungsrolle weniger als Mittel strategischer Erzwingung zum Tragen. Zur Verfolgung der „Essential Interests“ würden Streitkräfte dann eingesetzt, wenn die Möglichkeit besteht dass bei einer Beeinträchtigung dieser auch die vitalen Interessen gefährdet würden. Solche „bedeutenden Interessen“ sind:

- die Stabilisierung des „südlichen Krisenbogens“ von Nordafrika über den Nahen und Mittleren Osten bis Zentralasien
- die Vertretung europäischer Interessen in Afrika. Es geht hier einerseits um den Zugang zu Ressourcen, als auch um die Unterstützung der afrikanischen Staaten und der regionalen Organisation in Sicherheitsfragen, da die Auswirkungen von Instabilitäten auf dem afrikanischen Kontinent nach Europa ausschlagen
- die Sicherstellung der ökologischen Grundlagen und Überlebensfähigkeit

#### **Allgemeine Milieuinteressen: Humanitäre Intervention und Menschliche Sicherheit**

Diese zielen darauf ab, die Welt nach den Grundwerten der EU mitzugestalten. Beispiele für „General Interests“ sind:

- die Gewährleistung der Sicherheit und primären Grundrechte des Individuums (Human Security) gegen massive Menschenrechtsverletzungen
- die Bewältigung von Naturkatastrophen, wie Erdbeben, Erdrutsche, Überflutungen.

#### **4. Zusammenführende Ableitung des funktionalen und geographischen Profils der EU**

Eine räumliche Zuordnung für mögliche Operationen a priori zuzuweisen ist vor dem Hintergrund des globalen Akteursanspruch und dem Globalisierungsprozess grundsätzlich sehr schwierig. In einer globalisierten Welt wirken Bedrohungen und Folgen von Konflikten global, was den Schluss zulassen würde, dass es keine geographische Beschränkung für Operationen der EU geben würde. Jedoch sind auch jene Faktoren zu berücksichtigen, die für eine geographische Limitierung und Schwergewichtssetzungen sprechen. Auf der einen Seite ist davon auszugehen, dass in der multipolaren Weltordnung des 21. Jahrhunderts regionale Akteure (regionale Großmächte und deren Regionalverbände) ihren Einfluss in der jeweiligen Region aus machtpolitischen Gründen aufrechterhalten werden, und somit nicht bereit sein werden, die Projektion von Macht durch einen anderen (globalen) Akteur in ihrer Einflussphäre zuzulassen.

Auf der anderen Seite ergibt sich eine solche geographische Beschränkung auch aus der Limitierung der Mittel sowie dem dargestellten Interessensprofil der EU.

Bei einer Betrachtung der Trendfaktoren kann eine „Experteneinschätzung“ zu der Schlussfolgerung kommen, dass der von Nordafrika über den Nahen und Mittleren Osten bis zum Kaspischen Meer reichende Konfliktbogen (der so genannte südliche Krisenbogen) innerhalb des Beobachtungszeitraums (und darüber hinaus) eine zentrale Bedeutung haben wird.<sup>[12]</sup>

---

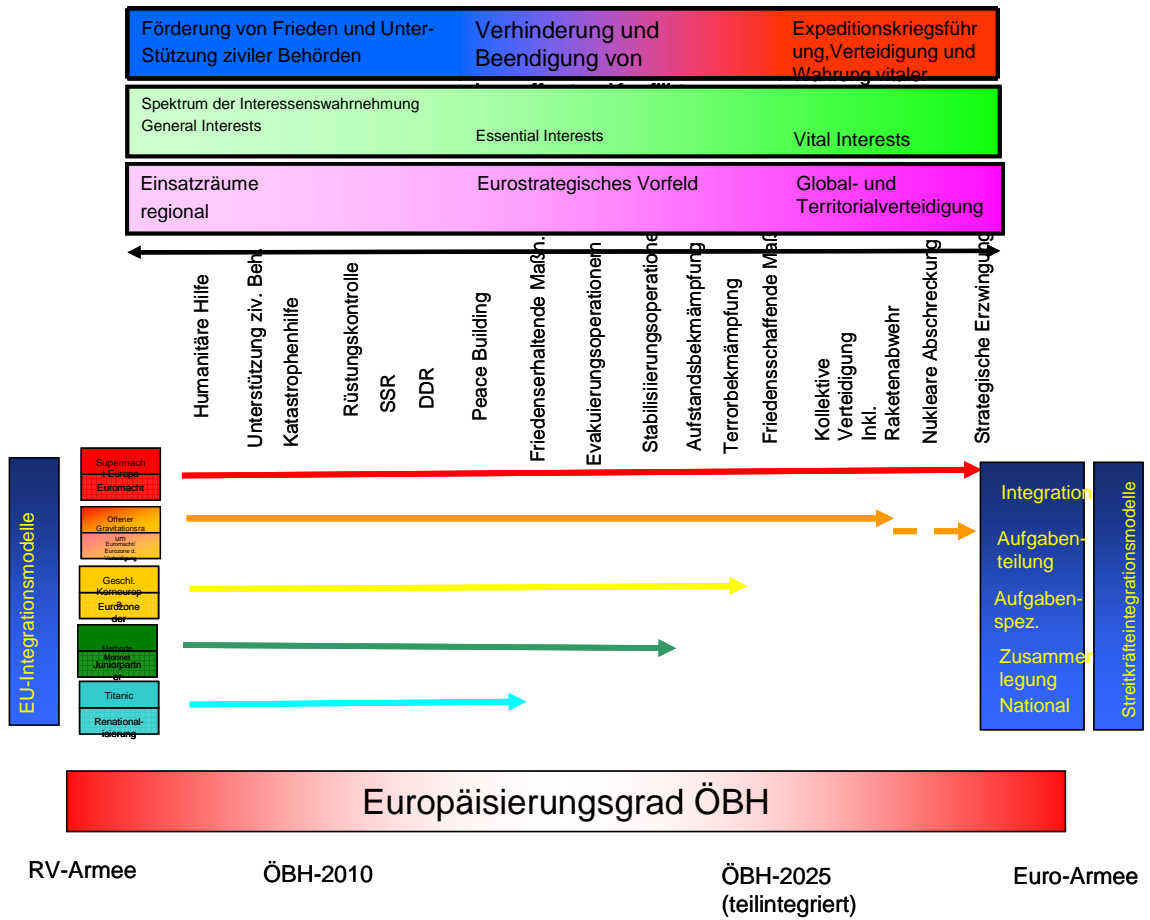
<sup>[12]</sup> Vgl. Brust, Klaus-Markus/Föhrenbach, Gerd/Kaestner, Roland: Strategische Zukunftsanalyse am Beispiel der Bundeswehrplanung, in: Siedschlag, Alexander (Hg.): Methoden der sicherheitspolitischen Analyse – Eine Einführung, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 67

Durch eine Zusammenführung der bisherigen Analysen hinsichtlich EU-Modell - ESVP-Szenarien und Interessenskategorien kann nachstehendes – wenn auch sehr abstraktes und idealtypisch gehaltenes - Modell des funktionalen und geographischen Einsatzprofils entwickelt werden.

<i>EU-Szenario</i>	<i>ESVP-Szenario</i>	<i>Abdeckbares Interessensprofil</i>	<i>Funktionales Einsatzspektrum</i>	<i>Geographische Zuordnung<sup>[13]</sup></i>
<b><i>Titanic</i></b>	Renationalisierung	General Interests	Krisenmanagementoperationen niedriger Intensität.	➤ Balkan ➤ Im Humanitären Bereich global
<b><i>Methode Monnet-Fortsetzung Status quo</i></b>	Juniorpartner und Zivil-militärischer Softpower Akteur	General und Essential Interests	Krisenmanagementoperationen niedriger bis mittlerer Intensität	➤ Europäischer Nachbarrschaftsraum ➤ Subsahra-Afrika
<b><i>Geschlossenes Kern-europa</i></b>	Eurozone der Verteidigung	General Interests und Essentiell Interests Vital Interests nur partiell	Volles Aufgabenspektrum – aber durch limitierten Ressourcen begrenzt	➤ Zentralasien ➤ Kaukasusregion ➤ Naher und Mittlerer Osten ➤ Mittelmeer Gegenküste bis Zentralafrika
<b><i>Supermacht EU</i></b>	Euromacht	Alle Interessen können abgedeckt werden	Alle funktionalen Einsatz- und Aufgabenfelder können abgedeckt werden	➤ Global

<sup>[13]</sup> Die Räume sind additiv zu lesen.

# Einsatzspektrum



## **Zusammenfassung:**

Zukünftige Einsatzräume ergeben sich aus einer unmittelbaren Gefährdung der österreichischen Sicherheit und einer mittelbaren Betroffenheit.

Erster Anlassfall ist zunächst vorrangig durch asymmetrische Risiken sowohl in Österreich aber auch in anderen EU-Mitgliedstaaten denkbar. Während die Bewältigung von Sicherheitsrisiken in Österreich auf absehbare Zeit zu den verfassungsrechtlich normierten Staatsgrundaufgaben zählt, ist die Unterstützung anderer EU-Staaten eine europäische Solidaritätsverpflichtung. Diese wurde in Form der europäischen Solidaritätsklausel bereits politisch implementiert, sodass auch Österreich angehalten ist, im Falle von Terroranschlägen oder Katastrophen den anderen EU-Mitgliedstaaten sowohl mit zivilen als auch mit militärischen Mitteln beizustehen. Im Beurteilungszeitraum ist eine erhöhte Gefährdung des europäischen Binnenraums ableitbar, insbesondere wenn eine präventive Stabilisierung des eurostrategischen Vorfeldes nicht oder nur unzureichend gelingen sollte. Eine schrittweise Ausweitung der Solidaritätsklausel auf Fragen der Ressourcen-, Energie- und Umweltsicherheit würde der Logik des europäischen Integrationsprozesses entsprechen und könnte zu einer Neuauslegung der klassischen militärischer Beistandsverpflichtung führen.

Zum Raum unmittelbaren österreichischen Sicherheitsinteresses ist auch der Westbalkan zu rechnen. Solange dieser nicht nachhaltig befriedet und in Europa integriert ist, ergeben sich schon aus Gründen der Ressourcenverfügbarkeit starke Einschränkungen für ein allfälliges Wirksamwerden in anderen Räumen.

Im dritten Kreis relevanter Einsatzräumen kommt es vorrangig zu mittelbaren und über Sekundär- bzw. Kaskadeneffekte mit Österreich verwobenen Sicherheitsrisiken. Die konkrete österreichische Involvierung in diesen geographisch entfernten Regionen ist eine Funktion des geographischen und funktionalen Einsatz- und Aufgabenprofils der maßgeblichen internationalen Organisationen. Auf Grund der „ESVP-zuerst“ Politik Österreichs ist die Europäische Union der vorrangige institutionelle Handlungsrahmen. Daher wird die EU-Entwicklung maßgeblich die inhaltliche und räumliche Ausrichtung der internationalen Krisenmanagement-Beiträge Österreichs beeinflussen. In Abhängigkeit vom politischen und wirtschaftlichen Integrationsfortschritt und der Entwicklung des globalstrategischen Umfeldes lassen sich unterschiedliche ESVP-Entwicklungsszenarien zeichnen. Art und Umfang der österreichischen Mitwirkung an der ESVP wird auch mittelfristig primär vom nationalen politischen Ambitionsniveau bestimmt sein.

Auch wenn die EU vor dem Hintergrund ihres globalen Akteursanspruch a priori keine geographische Einschränkung ihres internationalen sicherheitspolitischen Wirksamwerdens festlegen kann, so zeichnen sich aus heutiger Sicht neben dem europäischen Binnenraum und dem Westbalkan folgende Schwergewichtsräume ab: der Nahe und Mittler Osten, Subsahara-Afrika, der Europäische Nachbarschaftsraum (ENP) und Asien.

## Verwendete Literatur

- Algieri, Franco/Emmanouilidis, Janis A./Maruhn, Roman: Europa differenziert denken – Fünf Szenarien zur Zukunft der Europäischen Union, in: Reiter, Erich (Hg.) Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2003, Verlag E.S. Mittler & Sohn GmbH, Berlin, Bonn 2003.
- Bandhold, Hans et Lindgren, Mats: Scenario Planning. The link between future and strategy, Palgrave, Norwich, 2003.
- Bankes, Steven/ Lempert, Robert/ Popper, Steven: Shaping the Next One Hundred Years. New Methods for Quantitative, Long-term Policy Analysis, RAND, California, 2003.
- Bertelsmann-Gruppe-The Venusberg Group: Beyond 2010 European Grand Strategy in a Global Age, 2007.
- Borchert, Heiko/Pankratz, Thomas: Homeland Security aus europäischer Perspektive, in: Borchert, Heiko/Rummel, Reinhardt: Von segmentierter zu vernetzter Sicherheitspolitik der EU der 25, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 3/2004.
- Borchert, Heiko: Weniger Souveränität – Mehr Sicherheit; Schutz der Heimat im Informationszeitalter und die Rolle der Streitkräfte, Verlag E.S. Mittler & Sohn, Hamburg, Berlin, Bonn 2004.
- Borchert, Heiko u. Maurer, Daniel: ESVP 2020. Fünf Szenarien zur Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Unveröffentlichte Studie, die beim Autor aufliegt.
- Brummer, Klaus (ed.): The Big 3 and ESDP. France, Germany and United Kingdom, European Foreign and Security Policy, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 2006.
- Brust, Klaus-Markus/Föhrenbach, Gerd/Kaestner, Roland: Strategische Zukunftsanalyse am Beispiel der Bundeswehrplanung, in: Siedschlag, Alexander (Hg.): Methoden der sicherheitspolitischen Analyse – Eine Einführung, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006.
- Eggenberger, Renè: Homeland Security, die Rolle der Streitkräfte und der neue Verteidigungsbegriff, in: Borchert, Heiko (Hg.): Weniger Souveränität – Mehr Sicherheit, Schutz der Heimat im Informationszeitalter und die Rolle der Streitkräfte, Verlag E.S. Mittler & Sohn GmbH, Hamburg, Berlin, Bonn, 2004.
- Frank, Johann: ESVP-Entwicklungsszenarien – Implikationen für die österreichische Sicherheitspolitik. Wien, 2007 (Publikation in Vorbereitung).
- Frank, Johann und Sandawi, Sammi: Grenzen und Möglichkeiten der EU-Streitkräfteintegration, Sicherheitspolitische Analysen, Büro für Sicherheitspolitik, Wien, 2006.
- Frank, Johann und Reiter, Erich: Anmerkungen zur Europäischen Sicherheitsstrategie, Sicherheitspolitische Analysen, Büro für Sicherheitspolitik, Wien, 2003.
- Hunter, Robert: The European Security and Defense Policy: NATO's Companion or Competitor?, RAND, Santa Monica, 2003.
- Gnesotto, Nicole (ed.): EU Security and Defence Policy – the first five years (1999-2004), European Union Institute for Security Policy, Paris, 2004.
- Gnesotto, Nicole and Grevi, Giovanni (ed.): The New Global Puzzle. What World for the EU in 2025, European Union Institute for Security Studies, Paris, 2006.
- Kreibich, Rolf: Herausforderungen und Aufgaben für die Zukunftsforschung in Europa, in: Steinmüller, Karlheinz/ Kreibich, Rolf/ Zöbel, Christoph (Hrsg.): Zukunftsforschung in Europa – Ergebnisse und Perspektiven, Baden-Baden, 2000.
- Minx, Eckard und Böhlke, Ewald: Denken in alternativen Zukünften, in: Internationale Politik, Dezember 2006, S. 14-23.

- Reiter, Erich: Perspektiven der globalen strategischen Entwicklung. Das Ende der Ordnung von Jalta, Hamburg, 2003.
- Schwarz-Geschka, Martina: Einführung in die Szenariotechnik, Wien, 29./30.11.2006, Vortragsskriptum.
- Steinmüller, Karlheinz: Über Szenarien, Trends und Megatrends, Wild Cards und Visionen, in: Sandner, Günther/Vlastos, Michael (Hrsg.): Über Morgen – Politikentwicklung in der Zukunftsforschung, Wien, 2005.
- Varwick, Johannes: European Union and NATO. Partnership, Competition or Rivalry? in: Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 18, Juni 2006.
- Wijk, Rob de: European Military Reform for a Global Partnership, in: The Washington Quarterly, Vol. 27, No. 1, 2003-4.